

<b>BAR E 1050.1(-) 1995/492 BD 1 VOLLMACHTENKOMMISSION DES NATIONALRATES</b>	
<b>1939- 45 .....</b>	<b>1</b>

<b>AUSSENWIRTSCHAFTSPOLITIK IN DER VOLLMACHTENKOMMISSION DES NATIONALRATES .....</b>	<b>1</b>
--	----------

<i>Einsetzung der Vollmachtenkommission, Gesetz.....</i>	<i>1</i>
<i>Die Protokolle.....</i>	<i>1</i>
<i>Zur Oeffentlichkeit der Protokolle der Vollmachtenkommission.....</i>	<i>2</i>
<i>Sitzung vom 26. Juni 1940.....</i>	<i>2</i>
<i>Sitzung vom 12. August 1940.....</i>	<i>2</i>
<i>Sitzung vom 11/12. September 1940.....</i>	<i>3</i>
<i>Sitzung vom 21. Oktober 1940.....</i>	<i>4</i>
<i>Sitzung vom 12. Januar 1942 .....</i>	<i>5</i>
<i>Sitzung vom 21. Oktober 1942.....</i>	<i>6</i>
<i>Sitzung vom 19. November 1942 .....</i>	<i>6</i>
<i>Sitzung vom 7./8. Juli 1943.....</i>	<i>8</i>
<i>Sitzung vom 19./20. Oktober 1943.....</i>	<i>8</i>
<i>Sitzung vom 15.-17. November 1943.....</i>	<i>10</i>
<i>Sitzung vom 24. Januar 1944 .....</i>	<i>10</i>
<i>Sitzung vom 26. Februar 1944 .....</i>	<i>10</i>
<i>Sitzung vom 13. Juli 1944.....</i>	<i>11</i>
<i>Sitzung vom 28. Dezember 1944.....</i>	<i>11</i>
<i>Sitzung vom 26./27. Januar 1945.....</i>	<i>13</i>
<i>Sitzung vom 3.-5. April 1945.....</i>	<i>13</i>

## **BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 1 Vollmachtenkommission des Nationalrates 1939- 45T<sup>1</sup>**

### **Aussenwirtschaftspolitik in der Vollmachtenkommission des Nationalrates**

#### **Einsetzung der Vollmachtenkommission, Gesetz**

Zur rechtlichen Stellung der Vollmachtenkommission, vgl. Bundesbeschluss über Massnahmen zum Schutze des Landes und zur Aufrechterhaltung der Neutralität (Vom 30. August 1939), Bbl 1939 II, 213-216.

#### **Die Protokolle**

Das Team Aussenwirtschaft hat die Protokolle der Vollmachtenkommission des NR vor allem auf aussenwirtschaftspolitische Fragen untersucht. Es ist nicht immer klar, ob die Zolltarifkommission oder die Vollmachtenkommission sich zu den Ergebnissen der Wirtschaftsverhandlungen geäussert hat. Hier ergaben sich offenbar auch Überschneidungen.

---

<sup>1</sup>Zur rechtlichen Stellung der Vollmachtenkommission, vgl. Bundesbeschluss über Massnahmen zum Schutze des Landes und zur Aufrechterhaltung der Neutralität (Vom 30. August 1939), Bbl 1939 II, 213-216.

## Zur Oeffentlichkeit der Protokolle der Vollmachtenkommission

Die Vollmachtenkommission besteht aus ungefähr 25 Personen (NR). Sie tagt unter Ausschluss der Öffentlichkeit und im Beisein der wichtigsten Bundesräte (EPD, EVD, EMD, aber auch EDI). In der Sitzung vom 24. September 1940 rügt der Vorsitzende, Emil Nietlisbach den LdU-Nationalrat Duttweiler, weil dieser Internas seinen Fraktionskollegen per Zirkular zugestellt hatte.<sup>2</sup> Das Protokoll der Sitzungen der Vollmachtenkommission wird nach einer Abstimmung am 24.09.1940 nicht mehr verteilt, sondern nur noch für die Kommissionsmitgliedern „zur Einsicht zur Verfügung gehalten“.<sup>3</sup> Die Sektionspräsidenten der Vollmachtenkommission beantragten ebenfalls am 24.09.1940 der Vollmachtenkommission, NR Duttweiler nicht mehr an die Sitzungen einzuladen. Mit 16 gegen vier Stimmen wird der Antrag schliesslich gutgeheissen.<sup>4</sup>

Bei den Protokollen handelt es sich um genehmigte Protokolle.

### Sitzung vom 26. Juni 1940

Zusammenhang von Gefahr einer Arbeitslosigkeit und dem Ausfall der Alliierten als Handelspartner nach dem Fall Frankreichs im Juni 1940. BR Minger weist auf die Demobilisierung der Armee und auf die Internierten hin.<sup>5</sup> Weiter macht BR Minger zur Handelspolitik Bemerkungen.<sup>6</sup> „Das grosse Problem liegt für uns bei Deutschland. Wir sollten durch eine vermehrte Ausfuhr nach Deutschland und den von ihm besetzt gehaltenen Gebieten einen Teil des Exportausfalls ausgleichen können, den wir momentan mit den Westmächten erleiden.“ NR Grimm äussert den Wunsch, „dass die Öffentlichkeit in geeigneter Weise über diese handelspolitischen Dinge aufgeklärt werde. Man muss das Volk darüber orientieren, dass der Krieg noch keineswegs vorüber ist und dass wirtschaftlich für uns die grössten Schwierigkeiten noch bevorstehen dürften.“<sup>7</sup>

### Sitzung vom 12. August 1940

BR Stampfli zur Versorgungspolitik mit Energie: weist auf das schweizerisch-deutsche Verrechnungsabkommen hin, durch welches der Schweiz für den Winter 1940/41 870'000

<sup>2</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, III. Sitzung, 24. September 1940, S. 2, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 1.

<sup>3</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, III. Sitzung, 24. September 1940, S. 3, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 1.

<sup>4</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, III. Sitzung, 24. September 1940, S. 13, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 1.

<sup>5</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, III. Sitzung, 27. Juni 1940, S. 63, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 1.

<sup>6</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, III. Sitzung, 27. Juni 1940, S. 65f., BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 1.

<sup>7</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, III. Sitzung, 27. Juni 1940, S. 66f., BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 1.

Tonnen Kohle zugesichert worden waren und auf das Abkommen mit Rumänien über die Lieferung flüssiger Brennstoffe.<sup>8</sup>

### **Sitzung vom 11/12. September 1940**

Bundesrat Stampfli erklärt, dass die Vorratshaltung bei den Rohstoffen zwischen 6 und 12 Monaten ausreichen. Er hält die Versorgungslage für weiterhin sehr schwierig. „Zugleich sind auch die Exportmöglichkeiten für unser Land sehr ungewiss....Zur Zeit finden Verhandlungen mit Deutschland statt, um den wirtschaftlichen Austausch mit Holland, Belgien und Norwegen wo immer möglich wieder aufzunehmen. Doch stösst man hiebei auf ausserordentliche Schwierigkeiten, weil der Zahlungsverkehr dieser Länder nicht mehr frei, sondern restlos an Berlin gebunden ist. Mit Frankreich ist der Handelsverkehr mehr als bescheiden....Von grösster Bedeutung sind für uns unter diesen Umständen die Wirtschaftsbeziehungen mit den Achsenmächten.“<sup>9</sup> Weiter erwähnt Stampfli die Italien und Deutschland gewährten Vorschüsse (Clearingkredite) von 75, bzw. 150 Mio. Franken.

(Stampfli weiter): „Unter dem Druck der wirtschaftlichen Umstände werden wir unsere wirtschaftlichen Bestrebungen in vermehrten Masse nach Osten richten müssen. Rumänien, Ungarn, Jugoslawien, und andere Länder mehr kommen dort für uns als Handelspartner in Frage, wobei man allerdings feststellen muss, dass diese Staaten handelspolitisch stark eingeschränkt sind und uns nur insoweit offenstehen, als ihr Markt nicht schon von einer mächtigeren Seite her mit Beschlag belegt worden ist.“<sup>10</sup> [was mag diese Formulierung wohl bedeuten?]

(Stampfli weiter): „Schwer erweist sich unser Handel mit Übersee wegen der Unterbindung der Transportmöglichkeiten. Wenn uns Italien uns gegenüber sehr wohlwollend gezeigt hat, indem es uns Häfen und Transportmöglichkeiten einräumt, so kann dies von England nicht gesagt werden.“<sup>11</sup>

(Stampfli weiter): „Sollte sich bei dauernder Unterbindung der Rohstoffzufuhren die Wirtschaftslage in unserm Lande verschlechtern, so werden alle dienlichen Massnahmen vorzukehren sein, damit nicht von einem Augenblick auf den andern die Massenarbeitslosigkeit eintritt.“<sup>12</sup>

---

<sup>8</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 12. August 1940, S.17, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 1.

<sup>9</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 11./12. September 1940, S. 14, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 1.

<sup>10</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 11./12. September 1940, S. 15, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 1.

<sup>11</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 11./12. September 1940, S. 15, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 1.

<sup>12</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 11./12. September 1940, S. 16, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 1.

Aussprache zu den aussenhandelspolitischen Aussagen Stampfli

Duttweiler möchte die Diskussion in die „einzelnen Hauptgebiete“ aufteilen, nämlich *Aussenpolitik, Innenpolitik und Wirtschaftspolitik*.

Der Vorsitzende (NR Nietlisbach) lehnt diese Unterteilung aber ab.

Abt: „Zur Aussenpolitik nur zwei Bemerkungen: Man wird sich, wie der Sprechende schon in einer früheren Sitzung gesagt hat, auch in der Schweiz mit der Tatsache abfinden müssen, dass die Hegemonie auf dem europäischen Kontinent heute bei Deutschland liegt, und dass sich an diesem Zustand wohl lange nichts mehr wird ändern lassen. Damit im Zusammenhang wird es gut sein, wenn unsere Aussenpolitik nicht mehr von den Redaktoren gewisser Zeitungen gemacht werden kann, wie dies zum Schaden unseres Landes bisher der Fall war. Der Bundesrat soll die Presse fester als bisher in der Hand haben. Die Zeitungen mögen sich auf die Berichterstattung beschränken, nicht aber sich anmassen, die Politik der Eidgenossenschaft zu bestimmen.“<sup>13</sup>

Der Waadtländer Vallotton (FDP) kommt auf die Äusserungen Pilet-Golaz zurück, der die Engländer der Verletzung des schweizerischen Luftraumes beschuldigt hatte und sogar den Abbruch der diplomatischen Beziehung zu GB in Erwägung gezogen hatte.<sup>14</sup> Vallotton hingegen war strikt dagegen und hielt einen solchen Schritt als Akt im Interesse der Achse. Er beurteilte die Haltung Englands gegenüber der Schweiz weniger negativ als Pilet-Golaz. „Nous ne savons pas encore où va cette guerre“, sagte Vallotton. „La victoire finale de l'axe, quoi qu'en dise, n'est pas encore assurée.“<sup>15</sup>

Der Berner Sozialist Robert Bratschi erklärte, „dass seine Auffassungen auf dem Gebiete der Aussenpolitik denen von Herrn Vallotton näher stehen, als denen des Herrn Bundespräsidenten.“<sup>16</sup> Bratschi weiter zur Innenpolitik: „Allgemein täte man besser daran, von den autoritären Staaten in wirtschaftlicher Hinsicht etwas zu lernen, als auf politischem Gebiete Anpassungen zu suchen.“<sup>17</sup>

**Sitzung vom 21. Oktober 1940**Beantwortung der Anfrage Müller-Grosshöchstetten, vom 2.09.1940 über deutsch-schweizerisches Handelsabkommen

<sup>13</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 11./12. September 1940, S. 18, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 1.

<sup>14</sup>Zu den aussenpolitischen Ausführung des Bundespräsidenten, vgl. Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 11./12. September 1940, S. 2ff., BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 1.

<sup>15</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 11./12. September 1940, S. 19., BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 1.

<sup>16</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 11./12. September 1940, S. 21, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 1.

<sup>17</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 11./12. September 1940, S. 22, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 1.

Stampfli erklärt, dass er bereits in der Sitzung des Nationalrates vom 24.09.1940 anlässlich der Behandlung des 21. Berichtes des BR über wirtschaftliche Massnahmen gegenüber dem Auslande“ die Frage zum schweizerisch-deutschen Handelsabkommen ausführlich beantwortet habe und er deshalb in der Vollmachtenkommission nicht noch einmal darauf eingehen wolle. Müller-Grosshöchstetten zeigte sich allerdings nicht befriedigt.

Auch Oprecht reichte eine Anfrage ein über fremde Kontrolle des schweizerischen Aussenhandels.

In der Folge wird darüber diskutiert.

Stampfli weicht insbesondere den Fragen aus, die das schweizerisch-deutsche Handelsabkommen betreffen. Er erklärte lediglich, „im übrigen ist von zuständiger Seite nie erklärt worden, dass das deutsch-schweizerische Handelsabkommen für die Schweiz ‘einen besonderen Grund zum Jubeln’ biete.“<sup>18</sup>

### **Sitzung vom 12. Januar 1942**

Stampfli referiert über die neue Ausgangslage nach dem Kriegseintritt der USA und Japans. Exporterschwerungen für die Uhrenindustrie nach den USA und die Werkzeugindustrie nach Japan seien die Folge. Letztere sei hingegen kein Problem, da die Werkzeugmaschinen sehr gefragt seien.<sup>19</sup> Problematisch sei der Wirtschaftsverkehr mit den besetzten Ländern, da die Lieferungen dieser Länder zurückgegangen sei und Schwierigkeiten beim Ausgleich des Clearings die Folgen seien. Dänemark könne kein Bier und Butter mehr liefern, aber auch gegenüber Finnland, der Slowakei und Ungarn. Diese Länder würden andere Importgüter benötigen (Kriegsmaterial); Rumänien etwa wolle einen Auftrag von 45 Mio. Fr. plazieren. Deshalb, so Stampfli, müssten in Zukunft wie bei Holland in Zukunft zur Bezahlung schweizerischer Waren diesen Ländern Clearingkredite gewährt werden.

Im Anschluss an die versorgungs- und aussenwirtschaftspolitischen Ausführungen von BR Stampfli kommt es (einmal) mehr zu keinen Diskussionen innerhalb der Vollmachtenkommission.

Selten kommt es in den Debatten in der Vollmachtenkommission zu Überschneidungen zwischen binnen- und aussenwirtschaftlichen Problemstellungen. So z.B. in der Debatte über die Preispolitik, als Bundesrat Stampfli die Idee einer Exportabgabe zur Verbilligung der Importe ablehnt. Denn die Verteuerung der Exporte hätte das Ausland (Deutschland) zu

<sup>18</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 11./12. September 1940, S. 22, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 1.

<sup>19</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 12. Januar 1942, S. 13, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 2.

bezahlen, so Stampfli. Gegenüber der schweizerischen Verhandlungsdelegation in Berlin erklärten die Deutschen ihre Missbilligung einer solchen Idee.<sup>20</sup>

### **Sitzung vom 21. Oktober 1942**

An der V. Sitzung am 21. Oktober vermerkt das Protokoll unter Traktandum 3 „Bundesrätliche Orientierung über die internationale Lage“. Es findet keine Diskussion statt.<sup>21</sup>

### **Sitzung vom 19. November 1942**

BR Stampfli orientiert über die versorgungspolitische Lage und berichtet in einem längeren Exkurs die Transportschwierigkeiten, welche sich seit der Gesamtbesetzung Frankreichs durch deutsche Truppen verschärft hatten. Stampfli: „Wir sind nun hermetisch abgeschlossen.“<sup>22</sup> Er hält aber fest, dass seit dem Abkommen mit Deutschland vom 15. Juli 1940 „hat Deutschland den Transiten über sein Gebiet weder vom Osten noch vom Westen her die geringsten Schwierigkeiten bereitet.“<sup>23</sup>

Die angelagerten Vorräte rückten deshalb ins Zentrum des Interesse. Darüber machte Stampfli in der Sitzung vom 19. November 1942 in der Vollmachtenkommission des NR Angaben, welche aber vertraulich und deshalb nicht protokolliert worden waren.<sup>24</sup>

Eisen: Für den Import von Eisen wurden nach Stampfli, nachdem die deutsche Lieferfähigkeit nachgelassen hatte, insbesondere Schweden, und in geringerem Ausmass Frankreich und Spanien wichtig.<sup>25</sup> Die Kohlenlieferungen (vertraglich zugesichert 200'000 Tonnen monatlich) stammten ausschliesslich aus Deutschland, wobei Deutschland die Kontingente um einen Viertel gekürzt hatte, allerdings unter der Verpflichtung die ausstehenden Kürzungen nachzuliefern.<sup>26</sup>

Stampfli beurteilte auch in diesem Zeitpunkt (November 1942) die Versorgungslage optimistisch, „wenn es uns gelingt, unsere wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland, die auf anfang des nächsten Jahres erneuert werden müssen - der Vertrag vom 18. Juli 1941 läuft

<sup>20</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 7. September 1942, S. 23, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 2.

<sup>21</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 21. Oktober 1942, S. 138, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 2.

<sup>22</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 19. November 1942, S. 33, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 2.

<sup>23</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 19. November 1942, S. 33, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 2.

<sup>24</sup>“(Weglassung vertraulicher Teile.)“, vgl. Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 19. November 1942, S. 33, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 2.

<sup>25</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 19. November 1942, S. 34, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 2.

<sup>26</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 19. November 1942, S. 34, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 2.

mit 31. Dezember 1942 ab -, wieder auf eine vertragliche Grundlage zu stellen, zweifle ich nicht daran, dass trotz der Besetzung des bisher unbesetzten Gebietes von Frankreich die Zufuhren sowohl aus Frankreich wie aus Spanien auch für die Zukunft aufrechterhalten werden können. Das ist für unsere Metallindustrie, sowie die Textilindustrie, insbesondere die neue Zellwollfabrikation, von Bedeutung. Spanien ist unser einziger Bleilieferant und Portugal bleibt praktisch der einzige Lieferant für Zinn. Die weitere Versorgung mit diesen beiden Metallen setzt voraus, dass wir den Landweg durch Frankreich weiterhin benützen können. Spanien ist auch in der Lage, uns Rohpyrit zu liefern, den wir für den in der Zellwollefabrikation benötigten Schwefelkohlestoff brauchen (wir bekommen ebenfalls Pyrit aus Italien). Der Handel mit Spanien hat sich überhaupt ausserordentlich günstig erwiesen. Wir haben bis Ende Oktober wertmässig bereits für über 40 Millionen Waren gekauft. Das ist weitaus mehr, als was der Import des ganzen letzten Jahres betrug. Vor dem Krieg machte er nur etwa 6 bis 7 Millionen aus. Sie sehen also, dass Spanien für uns als Lieferant von Rohmaterialien, aber auch von Hilfsstoffen und Nahrungsmitteln, sehr wichtig geworden ist. Es ist zudem ein äusserst interessantes Absatzgebiet, das wir im Hinblick auf die Zukunft nicht vernachlässigen dürfen.“<sup>27</sup>

Im Anschluss dieser Ausführungen werden folgende handelspolitisch relevante Fragen gestellt.

- Entwicklung der Handelswege nach Osten? Kritik Englands und der USA an schweiz. Nahrungsmitteln nach Deutschland (Vieh)? Stand der Verhandlungen mit Italien und England? (NR Bachmann)
- Arbeitsbeschaffungsmassnahmen in der Textilindustrie nach dem Ausfall von englischer Baumwolle? (NR Oprecht)

#### Stampfli's Antworten:

„Osthandel“: Stampfli erklärt, dass zwar Bemühungen zur Versorgung aus osteuropäischen Ländern vorhanden sind, allerdings „ist für uns in den östlichen Ländern, in Rumänien, in Ungarn, in der Slowakei, in Bulgarien, nur noch das für uns erhältlich, was die Achsenmächte übrig lassen.“<sup>28</sup>

Zur Frage der Unterbindung von Viehexporten nach Deutschland zur Verbesserung des politischen Klimas England gegenüber (Frage von NR Bachmann) antwortet Stampfli, dass der Viehexport nach Deutschland wiederum die deutschen Exporte (Sämereien, Düngemittel, Pflanzenschutzmittel) in die Schweiz bedingen. Der schweizerische Viehexport stehe deshalb in einem versorgungspolitischen Kontext. Daneben half der Viehexport nach Deutschland

<sup>27</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 19. November 1942, S. 34f., BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 2.

<sup>28</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 19. November 1942, S. 42, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 2.

auch, die den schweizerischen Viehmarkt vor einem Preiszusammenbruch zu schützen, da die Nachfrage offenbar ungenügend war.<sup>29</sup>

Zum Stand der Verhandlungen mit Italien und England macht Stampfli Ausführungen, welche aber im Protokoll nicht wiedergegeben werden.

Zur Beschäftigungslage in der Textilindustrie führt Stampfli aus, dass zur Zeit eher Knappheit herrsche und nicht mehr als 5000 Ganzarbeitslose registriert seien, ein Stand, der vor dem Krieg nie so tief war.<sup>30</sup>

### **Sitzung vom 7./8. Juli 1943**

Unter Traktandum 6 vermerkt das Protokoll eine „Orientierung über die gegenwärtige handelspolitische Lage“, welche allerdings als „(vertraulich)“ bezeichnet wird und deshalb die Ausführungen nicht im Protokoll aufgenommen worden sind.<sup>31</sup> Das Protokoll erwähnt dann noch die Redner, ohne allerdings auf ihre Voten einzugehen. Ausserdem erscheint hier eine Art Kompetenzstreit zwischen der Vollmachtenkommission und der Zolltarifkommission zu bestehen über die Zuständigkeit bei aussenhandelspolitischen Fragen.<sup>32</sup>

### **Sitzung vom 19./20. Oktober 1943**

Ein grosses Problem im Aussenhandel stellten die angehäuften Dollars der Exportindustrie dar, welche in den Dollarraum lieferten (75% der Lieferungen in den Dollarraum entfielen auf die Uhrenindustrie.) In einer Interpellation des NR Perret zur „Kontingentierung der Exportdollarübernahme durch die Nationalbank“ wurde auf das Problem für die Uhrenindustrie geschildert und diskutiert. Das Hauptproblem lag in den blockierten Dollarguthaben der SNB in den USA, Handelsbilanzungleichgewicht zwischen der Schweiz und der USA, sowie in der Weigerung der SNB, unbeschränkt US-Dollars anzunehmen.<sup>33</sup>

Eine andere Interpellation von Gottlieb Bachmann, Präsident des Bankrates der SNB, thematisiert den Zahlungs- und Handelsverkehr in der Nachkriegszeit.<sup>34</sup> Diese Eingabe des Bankpräsidenten und seine Begründung zeigt in eindrücklicher Weise den aussenwirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel, der Ende 1943 stattgefunden haben musste.

<sup>29</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 19. November 1942, S. 42f., BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 2.

<sup>30</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 19. November 1942, S. 44, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 2.

<sup>31</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 7. Juli 1943, S. 42, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 2.

<sup>32</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 7. Juli 1943, S. 42f., BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 2.

<sup>33</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 19. Oktober 1943, S. 20f., BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 2. Für den Wortlaut der Interpellation Perret, vgl. ebenda, Anhang.

<sup>34</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 19. Oktober 1943, S. 27ff., BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 2.

Es geht um die strategische Ausrichtung des schweizerischen Zahlungs- und Handelsverkehrs und stellt den Clearingraum dem Wirtschaftsraum der Alliierten gegenüber. Bachmann schreibt: „Darum haben die Achsenmächte, speziell Deutschland, in der Zeit der besonderen Kraftentfaltung und der Besetzung weiterer Länder ausserhalb des Deutschen Reiches sofort den Clearingverkehr erweitert und den sogenannten multilateralen Clearingverkehr propagiert, der aber nur ein unilateraler Clearing von deutscher Seite war für Länder wie Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen usw. Auch nach der Schweiz hin wurde stark Propaganda für einen Anschluss gemacht. Glücklicherweise zeigte sich wenig Zuneigung, auch wenn gewisse Kreise glaubten, es sei vielleicht für die Handelsentfaltung von Vorteil. Diese Illusionen sind verflogen. Jetzt sind es die Alliierten, die sich mit dieser Frage beschäftigen, vorab die U.S.A., und England wird dabei einbezogen.“

So stehn wir vor Plänen für eine internationale Regelung der Währungen, wobei notabene „international“ so verstanden ist, dass es die Alliierten angeht und die mit ihnen Vereinigten Nationen. Was mit der übrigen Welt zu geschehen hat, wird nicht erörtert. Damit entfällt auch für uns die Verpflichtung, uns irgendwie offiziell zu äussern zu müssen. Wir können die Sache aber im Auge behalten und müssen es tun, weil wir dadurch in die Machtpolitik, die diese Staaten verfolgen, Einblick bekommen.

Die Schweiz ist durch diese Verhältnisse in einen Engpass gedrängt worden, sie ist immer mehr in Clearingverträge hineingenötigt worden, der Clearingverkehr hat sich nach und nach als die einzige mögliche Art des Handels- und Zahlungsverkehrs mit einer grösseren Zahl von Ländern eingebürgert. Durch das Mittel des Clearingverkehrs haben die Deutschen weitgehend eine sehr wirksame und sehr bestimmte Handelspolitik betrieben, indem sie so den Satz der Auslandswährungen festsetzten. Gegenwärtig wird von England für die Internationale Währungsbank mit ihrer neuen Währung Bank-Or Propaganda gemacht; von den U.S.A. wird die Schaffung eines Ausgleichsfonds befürwortet, der von den einzelnen Staaten zusammengelegt würde, und aus dem dann nachher für den Handelsverkehr Kredite eröffnet würden. Die Diskussionen sind ständig in Fluss, heute in Washington, morgen in London; in die Diskussionen werden auch die Exilregierungen einbezogen. In diesen Vorschlägen sind ausserordentlich wertvolle Gedanken enthalten, mit denen auch wir uns vertraut machen müssen. Für uns ist eigentlich nur das auffallend, oder wird dürfen fast sagen, bedauerlich: Dass das, was international mit der Bank in Basel angestrebt wurde und auch eine Zeitlang geleistet werden konnte, absolut keine Beachtung findet.“<sup>35</sup>

Bachmann strebte mit seiner Interpellation an, dass die Behörden (Handelsabteilung, Verrechnungsstelle, Nationalbank) zusammen mit den privaten Verbänden (SHIV SBvg) diese neuen, vor allem alliierten Konzeptionen aufmerksam verfolgen sollten

---

<sup>35</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 19. Oktober 1943, S. 27f., BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 2. Für den Wortlaut der Interpellation Bachmann, vgl. ebenda, Anhang.

Stampfli versicherte darauf Bachmann, dass sowohl das EPD als auch das EVD die laufenden Debatten und Pläne zur Gestaltung der Weltwirtschaft nach dem Krieg aufmerksam verfolgen würden.

### **Sitzung vom 15.-17. November 1943**

An der III. Sitzung vom 17. November 1943 wurde unter Traktandum 4 über die „Schwarzen Listen“ (v.a. Kampagne gegen die Firma Sulzer) Auskunft vom Bundesrat verlangt. In dieser Debatte wird vom SP-Nationalrat Arthur Schmid zum ersten Mal auch Zweifel in der Vollmachtenkommission des NR zur Gewährung von Clearingkrediten des Bundes von 800 Mio. Sfr. an Deutschland vorgebracht. Schmid fragt sich auch, „ob es eine glückliche Massnahme war, gerade in jenem Moment, als die Firma Sulzer ihren Export auf Deutschland umstellte, Herrn Sulzer als Delegierten nach London zu senden.“<sup>36</sup>

Die Kommission einigte sich darauf, die Haltung des Bundesrates zu stützen in der Frage der Schwarzen Liste, von einer eigentlichen Solidaritätserklärung zu Gunsten der von den Alliierten kritisierten Firma Sulzer aber zu verzichten.<sup>37</sup>

### **Sitzung vom 24. Januar 1944**

Das Traktandum 4 „Orientierung über die aussenpolitische Lage“ wird als vertraulich behandelt. Die Ausführungen von BR Pilet-Golaz werden nicht protokolliert.<sup>38</sup>

### **Sitzung vom 26. Februar 1944**

In dieser Sitzung orientiert Stampfli über die „Versorgungslage des Landes und den Stand der Aussenhandelsbeziehungen“. Diese Informationen werden als vertraulich behandelt, und obwohl eine „reichenbenutzte Diskussion“ insbesondere über die Verhandlungen mit Grossbritannien und Deutschland geführt wird, werden die Äusserungen nicht protokolliert.<sup>39</sup>

Der Vorsitzende der Vollmachtenkommission, NR Huber, ruft den Parlamentariern die Vertraulichkeit der Informationen des Bundesrates in Erinnerung: „Ich mache nochmals darauf aufmerksam, dass die Verhandlungen über das Traktandum ‘Versorgungslage des Landes und Stand der Aussenhandelsbeziehungen’ vertraulich sind. Wir müssen uns davor hüten, sie im Privatgespräch, oder in Versammlungen, oder in der Presse weiterzugeben. Ich

<sup>36</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 17. November 1943, S. 55, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 2.

<sup>37</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 17. November 1943, S. 53ff., BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 2. Zur Pressemitteilung, vgl. ebenda, Anhang.

<sup>38</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 24. Januar 1944, S. 5, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 3.

<sup>39</sup>Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 26. Februar 1944, S. 52, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 3.

wiederhole das deshalb, weil von der Art, wie diese Vertraulichkeit respektiert wird, auch abhängt, ob und in welchem Umfang uns der Bundesrat solche Mitteilungen macht.“<sup>40</sup>

### **Sitzung vom 13. Juli 1944**

Interpellation Oprecht betreffend Plan Speiser (Europa-Hilfe)

Der „Plan Speiser“ sah vor, den Wiederaufbau Europas zu fördern, indem der Bund und die Privatwirtschaft rund 200 Mio. Sfr. zur Verfügung stellen würden. NR Oprecht verlangte Auskunft über diese unter Alt-Bundesrat Wetter erfolgte Planung. Die Vollmachtenkommission war offenbar sehr schlecht über die Nachkriegsplanung der Handelsabteilung und des EPD informiert.<sup>41</sup>

In dieser Sitzung wird ausserhalb der Traktandenliste vom Vorsitzenden, NR Huber, unter „Hilfe für die Juden in Ungarn“ über die Judenverfolgungen in Ungarn diskutiert. Die Vollmachtenkommission diskutiert auch einen Vorschlag von NR Duttweiler, der den Bundesrat aufgefordert hatte, „die Verhandlungen mit einer in der Schweiz weilenden ungarischen Handelsdelegation abbrechen und dadurch dem schweizerischen Protest auch praktische Bedeutung geben“.<sup>42</sup> Nach längerer Diskussion beschloss die Vollmachtenkommission allerdings, den Bundesrat nicht zu beauftragen, bei der ungarischen Regierung offiziell zu protestieren. Die NR Bringolf, Duttweiler, Oprecht und Perret hätten eine Verurteilung begrüsst, die Mehrheit lehnte diesen Antrag zugunsten einer harmlosen Formulierung ab: „Tief beeindruckt durch die Nachrichten über die letztern Vorgänge sprach die Kommission den Wunsch aus, der Bundesrat möchte seine Bemühungen fortsetzen.“<sup>43</sup>

### **Sitzung vom 28. Dezember 1944**

An dieser Sitzung werden ausführlich die Transportschwierigkeiten, die Landesversorgung aber auch die Aussenhandelspolitik diskutiert. Anlass sind zwei Interpellationen von Perret und Oprecht sowie zwei Anfragen von Grimm und Duttweiler.<sup>44</sup>

Stampfli macht Hinweise auf die Versorgungslage, bzw. die Vorratshaltung einzelner Güter (Getreide, Fleisch, Kaffee, Zucker).<sup>45</sup> Interessant sind die Aussagen Stampflis auf die Interpellation von NR Oprecht (2.12.1944): „Hat der Bundesrat schon irgendwelche Schritte

<sup>40</sup> Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 26. Februar 1944, S. 61, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 3.

<sup>41</sup> Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 13. Juli 1944, S. 37, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 3.

<sup>42</sup> Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 13. Juli 1944, S. 37, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 3. NR Duttweiler formulierte eine entsprechende Eingabe am 8. Juli 1944 an den Bundesrat.

<sup>43</sup> Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 13. Juli 1944, S. 38, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 3.

<sup>44</sup> Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 28. Dezember 1944, S. 38, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 3.

<sup>45</sup> Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 28. Dezember 1944, S. 41ff., BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 3.

unternommen, um die Clearingguthaben der Schweiz gegenüber Deutschland und Italien zu realisieren?“<sup>46</sup> Diese Interpellation gab Stampfli Gelegenheit, die bundesrätliche Handelspolitik gegenüber Deutschland zu rechtfertigen. Vor allem legte Stampfli Wert darauf, dass die Schweiz die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland nicht abbreche: „Deutschland ist immer noch unser grösster Abnehmer und, trotz seiner heillosen Lage, unser grösster Lieferant.“<sup>47</sup> ...“Deshalb ist es geradezu unsinnig, wenn eine gewisse grosse Industrie in Basel diskutiert hat, ob man nicht den Wirtschaftsverkehr oder die Ausfuhr nach Deutschland überhaupt unterbrechen sollte, offenbar, um bei den Alliierten eine gute Note zu erhalten. Man soll mir sagen, wo man dann Eisen und wo die chemische Industrie die Kohle, ihr Ausgangsmaterial, hernehmen soll! Natürlich studieren wir, ob es nicht möglich wäre, Kohlen aus Amerika zu erhalten. Ich habe erfahren, dass die Gaswerke und die Händler einen Herrn, der mir bekannt ist (Dr. Zehnder), nach Amerika delegieren, damit er in dieser Richtung Untersuchungen anstellt.“<sup>48</sup> Stampfli war davon überzeugt, dass die Alliierten der Schweiz keine Rohstoffe zur Verfügung stellen würden, welche sie selbst zur Kriegführung brauchten.

Ein zweite Anfrage von NR Grimm betraf die Frage, was der Bundesrat unternehmen wolle, um die „Aufrechterhaltung unserer Wirtschaft“ zu ermöglichen.<sup>49</sup> Stampfli erklärte bezgl. des Aussenhandels, dass die Exporte statt nach dem deutschlandbeherrschten Raum (Achsenländer und Südosteuropa/Balkan) in die Dollar- und Sterling-Länder umgeleitet werden müssten (Dollarproblem). Hier erblickte Stampfli das geeignete Modell in einem gemeinsamen Vorgehen zwischen Bund und Nationalbank bei der Unterstützung der Uhrenindustrie. Das Problem lag bei der mangelnden Konvertibilität sowohl des Dollars als auch des Pfund Sterlings. Die in der Schweiz angehäuften Guthaben konnten nicht in Franken umgewandelt werden, bzw. die SNB wollte diese Guthaben nicht in Franken umwandeln. Über die Einrichtung von Sperrkonten und die Gewährung der Exportrisikogarantie für solche Geschäfte deckte der Bund bis zu 90% der Aussenhandelsgeschäfte. In der Zwischenzeit hoffte man, das Problem der Konvertibilität sowie vermehrter Einfuhren aus dem Dollar- und Sterling-Raum zu lösen. Diese Exportoffensive sollte auch der von sozialdemokratischer Seite geforderten Arbeitsschaffung dienen, wobei nicht irgendwelche Projekte sondern eine Politik auf lange Sicht geplant wurde. Die Positionierung auf den Nachkriegsmärkten war ein Anliegen Stampflis. „Das ist eine Politik auf lange Sicht, das geben wir zu, die dem Bund Risiken überbindet, die er sonst nicht zu übernehmen hat. Aber das ist immer noch die

<sup>46</sup> Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 28. Dezember 1944, S. 39, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 3.

<sup>47</sup> Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 28. Dezember 1944, S. 48, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 3.

<sup>48</sup> Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 28. Dezember 1944, S. 48, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 3.

<sup>49</sup> Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 28. Dezember 1944, S. 39, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 3.

billigere Arbeitsbeschaffung, als wenn wir Strassen, Kanäle und weiss Gott was alles, was menschlicher Phantasie entspringt, namentlich derjenigen der Ingenieure und Architekten, ausführen.“<sup>50</sup>

### **Sitzung vom 26./27. Januar 1945**

In einer Interpellation vom 5. Januar 1945 verlangt der Vorsitzende der Vollmachtenkommission, Johannes Huber, dass der Bundesrat Auskunft über die Wirtschaftsbeziehungen zu den USA erteile. Stampfli's Ausführungen werden in der Folge als vertraulich bezeichnet und nicht protokolliert.<sup>51</sup>

### **Sitzung vom 3.-5. April 1945**

Wiederum werden vertrauliche Auskünfte über die wirtschaftlichen Beziehungen zu den Alliierten (ausserpolitische, finanzielle und wirtschaftspolitische Aspekte) gegeben. Eine inhaltliche Protokollierung fand nicht statt.<sup>52</sup>

In derselben Sitzung fragte Nationalrat Oprecht einmal mehr nach der Abtragung der schweiz. Clearingguthaben gegenüber Deutschland.<sup>53</sup> Hotz führte aus, weshalb es der Schweiz nicht gelungen sei, den Vorschuss zu reduzieren (ebenso mit Italien). Auch hier sind wieder Lücken im Protokoll. Oprecht zeigte sich unbefriedigt von diesen Äusserungen.<sup>54</sup>

---

<sup>50</sup> Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 28. Dezember 1944, S. 51, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 3.

<sup>51</sup> Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 27. Januar 1945, S. 76, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 4.

<sup>52</sup> Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 4. April 1945, S. 38f., BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 4.

<sup>53</sup> Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 4. April 1945, S. 48f., BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 4.

<sup>54</sup> Protokoll Vollmachtenkommission des NR, 4. April 1945, S. 49, BAR E 1050.1(-) 1995/492 Bd 4.